

Der Arbeiter

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 8

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareillezeile
80 Pf., Kellamzeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postschickkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37586. Fernsprecher: Dönhofs 292 bis 297

Der Polizist als Waffenschieber

Waffenlager beim Nazi-Mann — Folgen eines Autounglücks

Der Polizeipräsident teilt mit:

Bei dem auf der Chaussee Potsdam-Seltow tödlich verunglückten Motorfahrer Dörre wurden Papiere gefunden, aus denen hervorgeht, daß Dörre an einen gewissen Willi Hoppe aus Wilmerdorf, Sigmaringenstr. 14, Waffenbestandteile liefern sollte. Eine bei Hoppe sofort vorgenommene Durchsicherung förderte 128 Maschinengewehrschlüssel, 43 Kurbelkettenglieder, 1 Schachtel mit Visierförnern für Maschinengewehre, 3 Pistolen mit etwa 300 Schuß, einen Leitzaden für Maschinengewehre und einen für Karabiner, Modell 98, ferner diverse Papiere und Anschriften, die auf Waffenhandel hindeuten, zutage. Wie aus den vorgefundenen Papieren hervorgeht, ist Hoppe Straßenzellenobmann der NSDAP. Dörre war im Jahre 1927 bei der Waffenmeisterei in Potsdam tätig. Hoppe will ihn bei einem Berliner Waffenhändler kennengelernt haben. Diese Angabe wird nachgeprüft. Hoppe wird heute dem Vernehmungsrichter im Polizeipräsidentium vorgeführt werden.

Von anderer Seite erfahren wir hierzu noch das Folgende: Die Polizei ist diesen Waffenfunden buchstäblich durch einen Zufall auf die Spur gekommen. Wie berichtet, ereignete sich in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag dieser Woche auf der Potsdamer Chaussee ein schweres Autounglück, bei dem der auf dem Potsdamer Polizeipräsidentium beschäftigte Versorgungsamtsleiter Kurt Dörre und eine seiner beiden Begleiterinnen, ein Fräulein Elise Handke, die auf derselben Dienststelle tätig ist, auf der Stelle getötet wurden.

Bei der Durchsicherung der Kleider der Leiche wurden von den Kriminalbeamten in der Brieftasche Aufzeichnungen und Briefe gefunden, die den Verdacht begründet erscheinen lassen, daß Dörre mit einem gewissen „H.“ in Verbindung gestanden hat, dem er Zubehörteile zu Maschinengewehren, Maschinepistolen und Karabinern liefern wollte. Ein größerer bei der Leiche gefundener Geldbetrag, der mit dem geringen Beamteneinkommen des Dörre nicht in Einklang zu bringen war, legte die Vermutung nahe, daß solche Waffenlieferungen bereits erfolgt und auch bezahlt seien.

Um dahinter zu kommen, wer die Persönlichkeit ist, die ihre Briefe an Dörre nur immer mit „H.“ unterzeichnet hat, wurde von dem Leiter der Inspektion des Potsdamer Polizeipräsidentiums, Kriminalrat Degner, noch in derselben Nacht um 3 Uhr eine genaue

Durchsicherung der Wohnung Dörres

In Rowawes vorgenommen. Im Schreibisch wurden in einem Seitenfach zahlreiche Briefumschläge vorgefunden, auf denen als Absender ein gewisser Hoppe, Wilmerdorf, Sigmaringenstr. 14, verzeichnet war. Ohne Zeit zu verlieren, wurde darauf von Potsdam sofort eine übertragende Durchsicherung bei dem verdächtigen Hoppe angeordnet. Am Dienstaute wurde ein Kriminalkommissar mit mehreren Beamten nach Berlin entsandt, welche zusammen mit Beamten der Politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidentiums, die inzwischen von dem Vorgefallenen benachrichtigt worden waren, gegen 6 Uhr früh überraschend in der Sigmaringenstrasse erschienen und die

Durchsicherung bei Hoppe,

der völlig überrascht war, vorzunehmen. Außer größeren Munitionsbeständen verschiedener Kaliber wurden unter anderem 128 Maschinengewehrschlüssel gefunden und beschlagnahmt. Hoppe wurde daraufhin sofort festgenommen und dem Polizeipräsidentium zugeführt.

In der Zwischenzeit wurden auch in den Diensträumen und Schreibischen der tödlich verunglückten Dörre und Handke im Potsdamer Polizeipräsidentium Durchsicherungen vorgenommen, die aber erfolglos blieben und nichts Belastendes zutage förderten. Der festgenommene Hoppe, der im 53. Lebensjahre steht, ist seit langer Zeit Mitglied der Nationalsozialisten. Er betrieb früher eine Gastwirtschaft und lebt jetzt angeblich von Vermittlungen und ähnlichen Geschäften. Ueber die Herkunft der Waffen und der Munition möchte er bei seiner ersten Vernehmung reichlich unglaub-

würdige Angaben. Er behauptet nämlich, die bei ihm gefundenen Maschinengewehrschlüssel und die Munition

bei einer Berliner Firma gestohlen

zu haben, die in der Inflation größere Heeresbestände aufgetauft hatte.

Die Pressestelle des Potsdamer Polizeipräsidentiums behauptet entgegen anderslautenden Mitteilungen, es hätten sich bisher keine Anzeichen dafür ergeben, daß der Versorgungsamtsleiter Dörre und die Stenotypistin Handke der NSDAP angehörten. Vom Potsdamer Polizeipräsidentium wird auch bestritten, daß die Stellung der beiden irgendwie einflußreich gewesen sei. Von Dörre wird mitgeteilt, daß er bis 1927 der Schutzpolizei angehörte und auf ein

Gesuch im Jahre 1929 beim Polizeipräsidentium in Potsdam eingestellt wurde, wo er offiziell der sogenannten Vormerkstelle (d. h. Zentrale für Befehung von Stellen bei Staats- und Gemeindepolizeibehörden) zugeteilt war. Seine Hauptbeschäftigung bestand aber in Rechnungsarbeiten. Fräulein Handke war in derselben Dienststelle tätig und bearbeitete die Kartei.

Die Nachforschungen der Politischen Polizei des Berliner Polizeipräsidentiums, die gemeinsam mit den Potsdamer Beamten energig weiterbetrieben werden, sind noch nicht abgeschlossen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Affäre noch weitere Kreise ziehen wird, so daß vermutlich mit weiteren Festnahmen zu rechnen sein dürfte. Hoppe wird noch heute in Berlin dem Richter vorgeführt werden.

Frick's Haßgebete vor Gericht.

Die Klage des Reichs gegen Thüringen.

Leipzig, 11. Juli.

Unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke ist der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich am Freitag vormittag zusammengetreten, um die Klage des Deutschen Reichs (Reichsminister des Innern) gegen das Land Thüringen wegen Empfehlung von Schulgebeten, die im amtlichen Blatt der thüringischen Staatsregierung vom 22. April 1930 erfolgt ist, zu verhandeln. Das klagende Reich ist vertreten durch Staatssekretär Zweigert, den Präsidenten des Landesamtes für Heimatwesen Dr. Kneip, Konsistorialrat Prof. Dr. Eger-Halle und Prälat Dr. Mausbach. Das beklagte Land Thüringen vertreten Geheimrat Professor Schnobel, Geheimrat Dr. Gerstenhauer und das Mitglied des thüringischen Landeskirchenrates Geheimrat Ministerialrat Dr. Thieme. Berichterstatter ist Reichsgerichtsrat Lins. Außer ihm ist der Staatsgerichtshof besetzt noch durch Reichsgerichtsrat Trübel, Reichsgerichtsrat Dr. Schwalbe, Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Gronthausen, Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Gumbel-Bayern und Oberverwaltungsgerichtsrat Otto-Sachsen.

Staatssekretär Zweigert wies zur Unterstützung des Standpunktes der Reichsregierung auf Äußerungen des thüringischen Ministers Dr. Frick hin, aus denen die Bedeutung der angeforderten Schulgebete sehr deutlich hervorgehe. In diesen Gebeten werde die Strafe Gottes auf die Volksgenossen herabgeschickt, die nicht Nationalsozialisten seien. Diese Volksgenossen würden des Betrugs und des Landesverrats bezichtigt. Verleht in ihren Empfindungen seien die Staatsbürger jüdischen Glaubens in erster Linie und die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sowie weiter alle, die mit Ueberzeugung zum Verfassungswert von Weimar stünden, und alle Anhänger der christlichen Kirche.

Nach Staatssekretär Zweigert ergriff Konsistorialrat Professor Dr. Eger-Halle das Wort. Er untersuchte die Frage, wie die Gebete in der Schulgemeinschaft wirken müßten und wie diese Wirkungen vom evangelisch-christlichen Standpunkt aus beurteilt werden müßten.

Sabotierte Verfassungsfeier.

Thüringer Schulen die Teilnahme unterbunden.

Die Reichsregierung hat auch dieses Jahr wieder die Länder eingeladen, je einen Schüler aus jeder Schule zu der amtlichen Verfassungsfeier des Reichs nach Berlin zu entsenden. Die Auswahl soll auf Grund von Vorschlägen der Schulen durch das Los geschehen.

Der Nazikulturminister hat diese Einladung der Reichsregierung damit beantwortet, daß die „thüringische Regierung eine Beteiligung der Schulen Thüringens aus erzieherischen und schulischen Gründen ablehne“.

Der „Völkische Beobachter“ teilt das mit, nennt es sehr begrüßenswert und findet es unerfindlich, wenn deutsche Schulen die uns aufgezwungene Verfassung von Versailles noch loben sollen.

Der englische Botschafter in Marseille ist seit dem vergangenen Sonnabend spurlos verschwunden. Der Fall erscheint um so geheimnisvoller, als keine Anzeichen etwa auf einen Selbstmord oder eine Flucht schließen lassen.

Kurdensklämme vernichtet. Tausende von aufständischen Kurden, die in den letzten Tagen im Jellental nördlich des Van-Sees von türkischen Truppen umzingelt wurden, sind vernichtet worden.

Italien erhält Sandwüste.

Aussicht auf Entspannung mit Frankreich.

Paris, 11. Juli. (Eigenbericht.)

Die Verhandlungen zwischen Frankreich und Italien sind mit einem neuen Besuch des italienischen Botschafters bei Briand wieder in Gang gekommen. Wie Briand dazu vor der Auswärtigen Kommission der Kammer erklärte, sei eine Entspannung bis zum Ende des Jahres zu erwarten, zumal ein Kompromiß sowohl für das Niederlassungsrecht der Italiener in Tunis, wie auch für die Grenzberichtigungen zwischen Tunis und Tripolis möglich sei. Nach dem sozialistischen „Populaire“ ist Briand bereit, den Italienern nicht weniger als 120 000 Quadratkilometer an Tripolis abzutreten. Weiter habe Italien versucht, ein Kolonialmandat von Frankreich zu erhalten, jedoch wurde es, wie der „Populaire“ ebenfalls berichtet, mit diesem Antrag an den Völkerbund verwiesen. Hinsichtlich der Flottenabrüstung stehen die Aussichten nach wie vor ungünstig. Zwar hat Briand den Italienern zugesagt, daß bis Ende des Jahres kein neues französisches Kriegsschiff in Auftrag gegeben werden solle. Dieses Zugeländnis sei aber nur ein Scheinbares, erklärt Perlinax im „Echo de Paris“, denn das Flottenbauprogramm für 1930 sei bereits voll durchgeführt.

Labour-Mehrheit nur zwei Stimmen.

Liberaler Entrüstung über Lloyd George.

London, 11. Juli. (Eigenbericht.)

Das amtliche Ergebnis der am Mittwoch im Unterhaus erfolgten Abstimmung zeigt, daß die Regierung nur eine Mehrheit von zwei und nicht von drei Stimmen erhalten hat.

In der liberalen Fraktion herrscht über die Haltung Lloyd Georges außerordentliche Erbitterung. Man hält seine Stellung allgemein für erschüttert. Die Opposition gegen Lloyd George wird von Herbert Samuel geführt.

300 Opfer einer Munitionsexplosion?

Granatenfabrik bei Stambul in die Luft geflogen.

Galatza, 11. Juli. (Eigenbericht.)

In der Nähe von Stambul kam es am Donnerstagabend innerhalb der Militärzone des Kriegshafens Jemid zu einer folgenschweren Explosion. Die große Munitionsfabrik Derindsche flog teilweise in die Luft. Gerüchtweise verlautet, daß die Katastrophe 300 Tote gefordert hat. Einzelheiten über das Unglück fehlen noch und sind angesichts der militärischen Kontrolle wahrscheinlich überhaupt nicht zu erreichen.

Hoover legt Geheimakten nicht vor.

Senat beugt sich / Amerika-Botschafter über seine Kollegen.

Washington, 11. Juli. (Eigenbericht.)

Der Bundes Senat nahm am Donnerstag mit 53 gegen vier Stimmen die MacKellar-Entschließung an, die von der Regierung die Vorlegung der während der Londoner Flottenkonferenz geführten Geheimkorrespondenz fordert. Die Annahme der Entschließung erfolgte erst, nachdem ihr eine Zusatzklausel angehängt worden war, in der es u. a. heißt, daß die Vorlegung nur

erfolgen soll, wenn sie „mit den öffentlichen Interessen vereinbar“ ist. Dieser Zusatz ermöglicht dem Präsidenten, das an ihn gestellte Ansuchen abzulehnen und vermeidet gleichzeitig künftige Konflikte mit den Partnern des Londoner Flottenvertrages.

Das Staatsdepartement will vor allem deshalb dem Senat die den Londoner Flottenpakt betreffenden Geheimakten nicht vorlegen, weil sich unter ihnen Briefe des amerikanischen Botschafters in London, Dawes, befinden, in denen dieser sich sehr drastisch über einige Diplomaten äußert, die auf der Londoner Seeabrüstungskonferenz vertreten waren.

Bei den Toten von Neurode.

Mehr als 60 noch in der Grube eingeschlossen.

Neurode, 11. Juli.

Bei den Bergungsarbeiten auf der Wenzeslaus-Grube sind im Verlaufe der letzten Nacht in der Abteilung 17 die 12 Toten, die gestern während des Tages gefahren worden sind, ohne daß es möglich war, sie zu bergen, in Sicherheit gebracht worden. Sie wurden im Fackelgebäude der Wenzeslaus-Grube aufgebahrt. Nach wie vor stellen sich der Arbeit der Rettungsmannschaften die größten Schwierigkeiten in den Weg, so daß es immer noch nicht möglich war, bis zu den anderen Opfern der Katastrophe vorzudringen.

Die Rettungs- und Aufräumungsarbeiten erfuhren gestern abend einen gewissen Stillstand, obgleich die Freischlutzspritze gut funktioniert, so daß die Rettungsmannschaften ohne Gasmaske arbeiten können. Die hohen Kohlenstaub-, Stein- und Kohlenmassen bereiten riesige Schwierigkeiten. Die Lage in der Grube ändert sich fast mit jeder Minute. Es ist den einzelnen Leuten oft nur möglich, wenige Minuten an der Rettungsarbeit teilzunehmen. Nach allem scheint es sehr fraglich, ob die Absicht, die Aufräumungsarbeiten noch in dieser Nacht restlos durchzuführen, aussichtslos ist.

Neurode, 11. Juli. (Eigenbericht.)

Es ist fast unumstößliche Gewißheit, daß die Zahl der Opfer der Grubenkatastrophe bei Neurode mehr als 160 Menschen betragen wird! Man sieht viele schwarze Kleider, verweinte Gesichter. Nach dem Knappschafslazarett aber wällt schweigend eine unaufhörliche Prozession. Dort liegen die 51 Toten, die man jetzt bergen konnte. Drei lange Reihen bleicher Gestalten unter großen Leinentüchern, die Gesichter einzelner zerfunden von den Kohlenstrümmern, die der Ausbruch umhergeschleuderte. Viele Junge darunter. Auf manchem der noch ablesbaren Gesichter liegt noch ein leichtes Lächeln, so, als hätten sich die Kumpels eben etwas Heiteres erzählt oder einen freundschaftlichen Gedanken gehabt, als der Tod sie überraschte. Das wirkt in dieser gelben Stille doppelt erschütternd. Die Gestalten sind ein Bild des Elends, unter dem das ganze Revier leidet. Ausgemergelt, klein, oft mit hochgezogenen Schultern, seit Generationen an schwere Arbeit und Entbehrungen gewöhnt. In einer Ecke liegt ein magerer alter Mann, dessen Haupt schlohweiße Haare umgeben, und gerade entgegengelehrt der Jüngste unter den Verunglückten, kaum 19 Jahre. Auf der anderen Seite Steiger-Hoffmann, der bei den Rettungsarbeiten der Starkstromleitung zu nahe kam und auf diese Weise sein Leben verlor. In den schmalen Gängen zwischen den an der Erde liegenden Toten schreiten still und vorichtig die Menschen. Oft streifen sie die Köpfe der Verunglückten. Manchmal stößt ein unterdrücktes Schluchzen. Auf schwarzem schlichtem Altar flackert rotes Ampellicht, als wolle es mahnen an das rasche Verschwinden des Lebens. Draußen wächst fortwährend und schweigend die Zahl derer, die von einem Lieben oder einem treuen Kameraden schmerzvoll Abschied nehmen.

Frankreichs Beileid.

Paris, 11. Juli.

Das schwere Grubenunglück hat auch in der französischen Öffentlichkeit eine rege Anteilnahme erweckt. Die Pariser Presse bringt ausführliche Berichte über die Rettungsarbeiten und gibt allgemein ihrem Bedauern über den tragischen Unglücksfall Ausdruck. Der französische Minister für öffentliche Arbeiten, Bernot, hat sofort nach Bekanntwerden des Unglücks der Reichsregierung telegraphisch das Bedauern und die Anteilnahme der Regierung zum Ausdruck gebracht.

Fahnen auf Halbmass.

Das preußische Staatsministerium hat dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge angeordnet, daß am Sonntag, dem 13. Juli, dem Tage der Beileidung der Opfer des Grubenunglücks in Neurode in Schlesien, alle staatlichen und kommunalen Dienstgebäude, die Gebäude der übrigen Körperschaften sowie die Gebäude der öffentlichen Schulen nach der Bestimmung der Verordnung vom 29. Juni 1929 halbmass zu beflaggen sind.

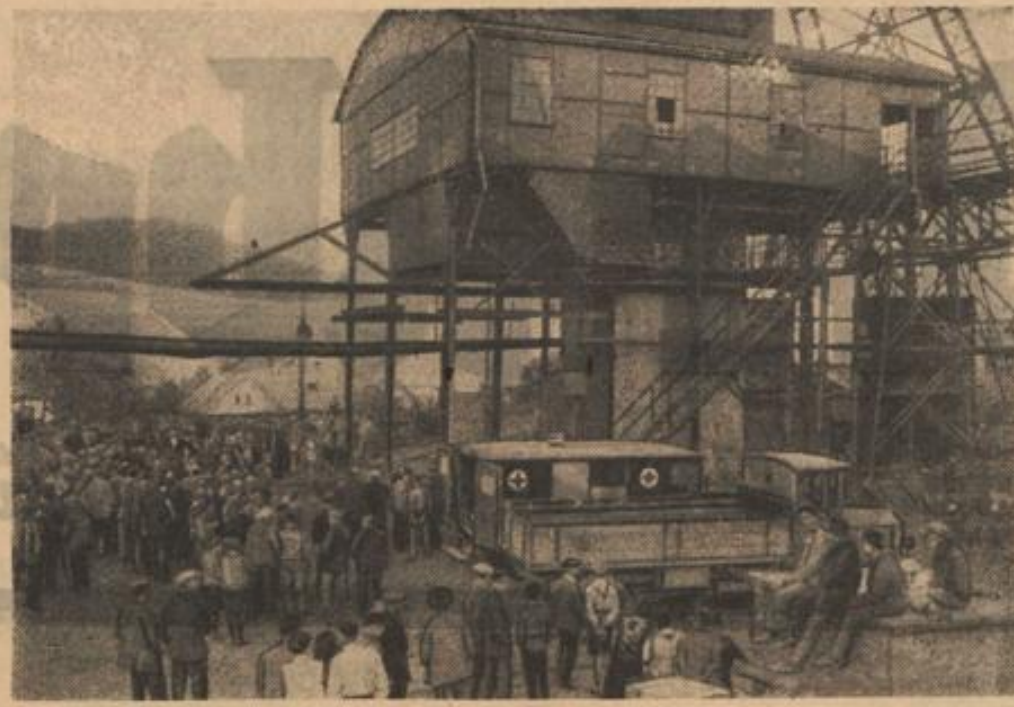
Die untragbaren Reichsbahngehälter.

Ein scharfes Schreiben Guérards an Herrn von Siemens

Der Reichsverkehrsminister von Guérard hat in einem Schreiben an den Präsidenten des Reichsbahnverwaltungsrates, Herrn von Siemens, zu der Eingabe der Reichsbahn an den Reichskanzler Stellung genommen.

Nach einer Begründung der Regierungsbeschlüsse zu den Wünschen der Reichsbahn befaßt sich der Minister eingehend mit der Ausgabepolitik der Reichsbahn, besonders mit den hohen Diäten für den Verwaltungsrat und den Spitzengehältern der leitenden Beamten. Herr von Guérard erkennt an, daß die Reichsbahn der Anregung der Regierung entsprechen und die Bezüge der Verwaltungsratsmitglieder senken habe.

Er stellt aber fest, daß auch nach der neuen Regelung die Bezüge der Mitglieder des Verwaltungsrates diejenigen der Mitglieder des Reichstags übersteigen. Bezüglich der Frage der Gehälter der leitenden Beamten hält es die Reichsregierung, nachdem die Reichsbahn nunmehr wieder enger an das Reich angegliedert worden ist, nicht für tragbar, daß die Reichsbahn bei der von ihr selbst betonten schweren Lastlage an ihre leitenden Beamten, denen die Ansprüche der Reichsbeamten gewährt sind, Gehälter zahlt, die diejenigen gleichgestellter Reichsbeamten ganz außerordentlich übersteigen. Diese übermäßige Bezahlung der leitenden Beamten gefährdet die Interessen des Reichs, denn sie versperren die Möglichkeit, für das Reichsverkehrsministerium den notwendigen Nachwuchs aus den Reihen der leitenden Beamten der Hauptverwaltung zu gewinnen.



Der Todeschacht von Hausdorf

Die Angehörigen warten auf dem Hofe des Unglückschachtes auf weitere Nachrichten über die Opfer der Katastrophe

Beamtennotopfer / Großpensionen

Vertagungsanträge des Bürgerblocks

Im Ausschuss für den Reichshaushalt stand heute vormittag der in der Mittwochssitzung zurückgestellte sozialdemokratische Antrag über Kürzung der Pensionsbezüge von neuem zur Beratung. Es entspann sich zunächst wiederum eine längere Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf der Abg. Gottheiner (Dnat.) den Antrag stellte, nicht in die sachliche Beratung einzutreten. Dieser Vertagungsantrag wurde abgelehnt und die Beratung mit einer kurzen Erklärung des Reichsfinanzministers Dietrich begonnen. Er führte aus, daß auch das Reichskabinett keine geschäftsordnungsmäßigen Bedenken gegen die Verhandlung habe. Auch Preußen sei bereit mitzuwirken und sachliche Erklärungen abzugeben. Es beständen auch erfreulicherweise zwischen der Reichsregierung und Preußen keine besonderen Meinungsverschiedenheiten. Aber sowohl das Reich wie Preußen seien der Auffassung, daß es auch vom beamtenpolitischen Standpunkt das richtige wäre, in dieser wichtigen und schwierigen Materie den ordnungsmäßigen Weg über den Reichsrat zu gehen, statt einen Initiativantrag zu behandeln.

Der preußische Regierungsvertreter führte aus, daß Preußen dem Grundgedanken des Antrages durchaus sympathisch gegenüberstehe. Allerdings hätte Preußen gewichtige Bedenken, die Höchstgrenze auf 12.000 Mark festzusetzen. Finanziell habe Preußen an dieser Frage kein Interesse, man habe ausgerechnet, daß eine solche Herabsetzung bei einer Gesamtpensionslast von 209 Millionen 120.000 Mark ausmachen würde.

Zur Begründung des Antrags führte Abg. Rohmann (Soz.) aus, daß der Antrag keineswegs, wie mehrfach angedeutet wäre, agitatorischen Gründen entspringen sei. Man müsse sich aber folgende Zahlen stets vor Augen halten: die Pensionslast des Reichs habe 1929 614.765.000 M. betragen. Es entfielen auf die Beamten 105 Millionen, auf die Offiziere 207, auf die neue Wehrmacht 63½, ferner auf Reichspost 239, auf die Länder 535, die Gemeinden 271, die Reichsbahn 500 Millionen. Das Deutsche Reich habe also eine

Gesamtpensionslast von 1920 Millionen

zu tragen. Kein anderes Land kenne einen derartigen Unfug, daß hohe Pensionen bei großen Privateinkommen gezahlt werden. Durch den ewigen Hinweis auf die wohlverdienenen Rechte der Beamten werde jede lebendige Fortentwicklung des Beamtenrechts erstickt und dem Unwillen immer weiterer Kreise der Bevölkerung gegen die Beamtenrechte neue Nahrung zugeführt. Wenn in Zwischenrufen und in der Presse auf einzelne bedauerliche Vorgänge hingewiesen worden sei, so wolle die Sozialdemokratie die gesetzlichen Bestimmungen ja gerade so reformieren, daß Auswüchse nicht mehr vorkommen können. Dazu zwingt auch die traurige wirtschaftliche Lage des Reichs und der weitesten Kreise seiner Bewohner. Selbstverständlich müssen sich Länder und Gemeinden der reichsgerichtlichen Regelung anschließen.

Von den Abg. Drewitz (Wp.) und Dr. Reinhold (Dem.) wurden Anträge eingebracht, die auf Behandlung der Frage im Herbst herauslaufen.

Abg. Erfing (Z.) begann seine Ausführungen mit einer Polemik gegen die angeblich agitatorische und unsachliche Art, in der der Antrag von der Sozialdemokratie gegen das Zentrum behandelt werde. Seine Darlegungen in der vorigen Sitzung seien so umgedeutet worden, daß das Zentrum sachlich gegen den Antrag Stellung nehme. Er möchte glauben, daß die Parteien, die hinter der Republik stehen, eine solche Behandlung, die nur dem republikanischen Gedanken Schaden bringen könne, vermeiden sollen. Das Zentrum wünsche dringend eine positive Regelung. Die vom Abg. Rohmann gegebenen Zahlen seien richtig. Halte man dagegen, daß der

Gesamtpensionsetat in Deutschland 1913/14 nur 400 Millionen

betragen habe, so sei jetzt eine Steigerung um 1500 Millionen eingetreten.

Abg. Erfing polemisierte gegen Preußen, das unter sozialdemokratischem Einfluß stehe, im Gegensatz aber zu Oldenburg, Baden und noch einigen anderen Staaten bisher sich wenigstens noch nicht zur Regelung der Pensionsverhältnisse verstanden habe. Es sei zu hoffen, daß nach der jetzigen Erklärung der preußischen Staatsregierung eine Veränderung eintreten werde. Das Zentrum stelle den Antrag, überall statt „gemeinte Privateinkommen“ zu setzen „Arbeitseinkommen“.

Abg. Solmann (Soz.): Gerade die Beamtenvertreter müßten aus Rücksicht auf das Berufsbeamtenum gegen den Widerstand der Riesepensionen ankämpfen. Was vor dem Kriege erträglich gewesen sei, werde als unerträglich empfunden in einem Volke, dessen Arbeiterklasse zu Millionen erwerbslos sei, dessen Mittelstand proletarisiert werde, das ein großes akademisches Proletariat habe und dessen Bauernstand notleide. Bei derart großen soziologischen Wandlungen dürfe man nicht an bloßen Rechten festhalten. Tue der Reichstag nichts, so werde eines Tages

ein Volksentscheid über alle Parteien hinweggehen, und den Schaden hätten die Beamten. Wenn ein nach wenigen Dienstjahren pensionierter Minister für zwanzig bis dreißig Jahre Pension zwischen 20.000 und 36.000 Mark beziehe, so könne man nicht von „eingespartem Gehalt“ reden. Es sei ein Erfolg des sozialdemokratischen Begehrens, wenn nun beinahe alle Parteien erklärten, es müsse etwas geschehen. Hoffentlich können nun auch Toten, die Sozialdemokratie werde die Sache nicht mehr zur Ruhe kommen lassen.

Abgelehnte Verbesserungsanträge.

Der Steueraussschuß des Reichstages fuhr am Freitag mit der Beratung der Deckungsvorlagen fort. Beim A § 2 wird ein Antrag der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei angenommen, durch den die Reichshilfe auf die Festbesoldeten der Privatwirtschaft, sofern ihr Einkommen 8000 Mark jährlich übersteigt, ausgedehnt wird. Für den Antrag stimmten auch Sozialdemokraten und Kommunisten sowie der Zentrumssabgeordnete Dr. Föhr.

Ein Antrag der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei will die Bezüge der Aufsichtsräte ebenfalls mit 2½ Proz. des Einkommens abgabepflichtig machen. Ein sozialdemokratischer Antrag bezieht die Wiedereinführung der Auflichtsteuer in Höhe von 20 Proz., die bis zum Jahre 1925 in Kraft war. Zur Begründung dieses Antrages erinnerte Abg. Keil (Soz.), daß die Regierung selbst ihn ursprünglich vorgeschlagen hatte. Die Ablehnung ergab die Ablehnung des sozialdemokratischen und eines kommunistischen Antrages, über die Annahme des Antrages der Bayerischen Volkspartei.

Beim § 5 über die Höhe der Reichshilfe beantragte die Sozialdemokratie, statt des Satzes von 2½ Proz. des Einkommens einen Zuschlag von 4 Proz. zur Lohn- und Einkommensteuer zu erheben. In der Begründung dieses Antrages weisen die Abg. Keil und Dr. Herz (Soz.) darauf hin, daß es sich hier um die Entscheidung der Frage handelt, ob die Steuerbelastung proportional oder progressiv sein solle. Die Regierungsvorlage verleihe den Grundjah der Anpassung der Steuerlast an die Leistungsfähigkeit und belaste die unteren Einkommen wesentlich höher als die oberen. Ein Lediger hat bei 2½ Proz. der Reichshilfe 67 Proz. seiner bisherigen Steuerlast beizutragen. Diese Belastung steigt, je höher das Einkommen ist und zwar bis auf 18 Proz. bei einem Einkommen von 2000 M. Bei einem Verheirateten mit zwei Kindern sind die entsprechenden Zahlen: bei 200 M. 89 Proz., bei 2000 M. 21 Proz. Diese ungeheure Benachteiligung der kleinen Einkommen müsse durch die Festsetzung der Abgabe in Prozenten der Lohnsteuer beseitigt werden.

Reichsfinanzminister Dietrich bekämpft den Antrag, für den eine Mehrheit sowie nicht vorhanden sei, vor allem mit dem Gesichtspunkt der stärkeren Belastung der oberen Beamten. Ministerialdirektor Dr. Zarden begründet die jetzige gleichmäßige Abgabe mit dem Hinweis, sie sei doch eine Lohnkürzung und könne sich deshalb nicht an die Lohnsteuer anlehnen.

Der sozialdemokratische Antrag wird gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Zu § 4 beantragte die Sozialdemokratie die Erhöhung der Freigrenze auf 2400 M. und Berücksichtigung der bei der Lohnsteuer vorgesehenen Familienermäßigung. Auch dieser Antrag wird von der Regierung bekämpft und von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Dagegen findet ein Antrag der Regierungspartei Annahme, zur Freigrenze von 2000 M. Kinderzulage in Höhe von 240 M. für jedes Kind hinzuzurechnen. Auch ein Antrag auf Berücksichtigung der Frauenzulage (bei Altpensionären) findet Annahme. §§ 5 bis 9 werden unverändert angenommen.

Artikel 3 § 10 enthält den Zuschlag von 5 Proz. für die Einkommen über 8000 M. Ein sozialdemokratischer Antrag sieht die Erhöhung auf 10 Proz. vor. Der Antrag wird mit Stimmengleichheit 14 gegen 14 gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten abgelehnt. Wirtschaftspartei und Bayerische Volkspartei stimmen mit den Deutschnationalen, dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei gegen diesen Antrag.

Ueberschwemmung in Afghanistan.

Gletscher schmelzen durch die Hitze.

Moskau, 11. Juli.

In Zentralasien herrscht, besonders im Pamirgebiet, zur Zeit außerordentliche Hitze. Die Temperaturen in dem Gebiet an der afghanischen Grenze sind so hoch, daß die Gletscher wegschmelzen und dadurch ein Ueberschießen der Flüsse verursachen. Die Wasser des Drus haben weite Gebiete überschwemmt. Man befürchtet, daß Hunderte von Menschen umgekommen sind.

